



Wortprotokoll der 47. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 27. Mai 2020, 18:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, E.700
E.700

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

Tagesordnung - Öffentliches Gespräch

Einziges Tagesordnungspunkt

Seite 3

Fachgespräch zum Thema
**„Konjunkturmaßnahmen und
Nachhaltigkeitskriterien“**



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Benning, Sybille Damerow, Astrid Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Hoffmann, Dr. Christoph Köhler, Dr. Lukas	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Vogler, Kathrin Zdebel, Hubertus	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



Einzigster Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Konjunkturmaßnahmen und Nachhaltigkeitskriterien“

dazu Sachverständige:

Karsten Löffler

Head of FS-UNEP Collaborating Centre for
Climate & Sustainable Energy Finance, Frankfurt
School of Finance & Management gGmbH,
Vorsitzender des Sustainable Finance-Beirats der
Bundesregierung

Holger Lösch

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer,
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
(BDI)

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich eröffne hiermit die 47. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Konjunkturmaßnahmen und Nachhaltigkeitskriterien“. Ich begrüße ganz herzlich alle Kolleginnen und Kollegen aus anderen Ausschüssen sowie auch die benannten Sachverständigen. Ich freue mich ganz besonders, dass Herr Karsten Löffler per Video zugeschaltet ist. Ich hoffe, Sie können uns sehen. Das ist offensichtlich der Fall. Es freut uns, dass das auch technisch wieder so einwandfrei funktioniert. Hierfür auch ein Dank an das Sekretariat. Ich begrüße genauso herzlich Herrn Holger Lösch vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI). Herzlich willkommen.

Ich darf zunächst kurz unsere Gäste vorstellen. Ich beginne mit Herrn Karsten Löffler. Er ist Co-Leiter des Frankfurt School - FS-UNEP-Kooperationszentrums für Klima- und nachhaltige Energiefinanzierung an der Frankfurt School of Finance and Management. Zuvor war er Geschäftsführer der Allianz Climate Solutions, dem Innovationszentrum der Gruppe, um klimabedingte Chancen und Risiken in ihrer globalen Geschäftsstrategie zu nutzen.

Karsten Löffler ist zertifizierter internationaler Investmentanalyst (CIIA), Mitglied des Lenkungs-

ausschusses der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und vertritt den „Cluster Deutschland“ für grüne und nachhaltige Finanzen in der Technischen Expertengruppe für nachhaltige Finanzen der EU-Kommission. Seit Dezember 2017 ist er Geschäftsführer des Clusters. Im Juni 2019 wurde er Vorsitzender des Beirats für nachhaltige Finanzen der Bundesregierung. Herzlich willkommen, Herr Löffler.

Als weiteren, persönlich anwesenden, Sachverständigen möchte ich Herrn Holger Lösch kurz vorstellen. Holger Lösch hat Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik studiert und anschließend als Journalist und Redakteur beim Bayerischen Rundfunk im Bereich Fernsehen gearbeitet, wo er auch den Stab Fernsehdirektion des Bayerischen Rundfunks geleitet und die Leitung der Zentralen Programmkoordination inne hatte. Nach einer Tätigkeit bei der Schörghuber Unternehmensgruppe in München sowie als Geschäftsführer bei der Arabella Hotel-Holding in München wurde er im Jahr 2008 Leiter im Bereich Kommunikation und Marketing des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), wo er ab 2009 außerdem Mitglied der Geschäftsleitung ist. Seit 2011 ist Holger Lösch Mitglied der Hauptgeschäftsführung des BDI und seit April 2017 stellvertretender Hauptgeschäftsführer. Er war außerdem Mitglied der sogenannten Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Er verantwortet auch das Themenfeld der Nachhaltigkeit beim BDI. Danke, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Alle Welt redet ja mittlerweile über konjunkturelle Maßnahmen, manchmal auch Wachstumsmaßnahmen genannt. Wir wollen uns heute dem Aspekt der Nachhaltigkeit in diesem Kontext natürlich in besonderer Art und Weise nähern.

An dieser Stelle möchte ich noch kurz einige organisatorische Hinweise geben. Wir haben in der Obleserunde beschlossen, dass ein Mitschnitt der heutigen Sitzung aufgezeichnet wird, der am 29. Mai 2020, also am kommenden Freitag, um 9:00 Uhr ausgestrahlt wird und dann auch auf der Website des Deutschen Bundestages abrufbar ist. Von unserem Fachgespräch wird außerdem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird das Ganze auch entsprechend mitgeschnitten.



Wir haben vereinbart, dass die Sachverständigen in der alphabetischen Reihenfolge Ihre Eingangsstatements abgeben. Und ich bitte, darauf zu achten, dass möglichst die zehn Minuten Redezeit Ihres Eingangsstatements eingehalten werden. Ich würde mir erlauben, dass ich nach neun Minuten kurz den Hinweis gebe, dass noch eine Minute zur Verfügung steht, und würde Sie dann auch bitten, Ihre Ausführungen entsprechend abzuschließen. Anschließend werden sich Fragerunden anschließen, bei denen ich die Abgeordneten darum bitte, dass sie jeweils die vorgegebenen zwei Minuten Redezeit möglichst einhalten. Dann werden wir auch mehrere Fragerunden hinbekommen. Da es keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so. Und ich bitte Herrn Löffler um sein Eingangsstatement. Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Karsten Löffler** (Head of FS-UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance, Frankfurt School of Finance & Management gGmbH, Vorsitzender des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung): Vielen Dank, Herr Dr. Lenz. Ich hoffe, Sie verstehen mich gut. Vielen Dank für die Einladung und auch von mir freundliche Grüße an die Runde, die ich nur virtuell wahrnehme.

Mein beruflicher Hintergrund ist, dass ich aus der Finanzwirtschaft komme und jahrelang im Bankensektor, sowohl auf der Kreditseite, als auch auf der Anlagenseite, gearbeitet habe und dann in der Vermögensverwaltung und zum Schluss in der Rolle, die sie erwähnten, auf der Ebene der Allianzgruppen tätig war, u. a. im Bereich „Integration der Klimastrategie in die Konzernstrategie“.

Bei dem Thema „Konjunkturmaßnahmen und Nachhaltigkeitskriterien“ geht es darum, wie diese ausgestaltet werden, und sie nicht nur als einmalige Chance dafür zu nutzen, unseren Kindern eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, sondern vor allem auch, Deutschland als Wirtschaftsstandort durch Innovation, durch Produktivitätssteigerung und auch durch Erschließung neuer Märkte zu stärken. Das ist nicht ohne Kontext. Sie alle wissen, wir hatten zwei Dürrejahre. Es ist keineswegs ausgeschlossen, dass wir jetzt das dritte Jahr in Folge sehen werden. Das kostet Geld. Wir hatten die Beispiele zuletzt in der Binnenschifffahrt am Rhein, was ja im Jahr 2018 durchaus große Unternehmen beeinträchtigt hatte. Wir hatten zudem die Kompensationszahlen für die Landwirtschaft

im Jahr 2019. Mit anderen Worten: Um das das „1,5 Grad Ziel“ von Paris erreichen zu können, müssen wir immer noch mit erheblichen Klimaschäden rechnen. Deswegen ist aus meiner Sicht der mittelfristige Umbau der Wirtschaft, hin zu nachhaltigen Produktionsprozessen, sehr wichtig. Eine gute Grundlage hierzu gibt das Gutachten „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011. Und dieses Thema steht aus meiner Sicht heute mehr denn je auf der Agenda. Viele Unternehmen haben das verstanden und positionieren sich entsprechend. Hinweisen möchte ich auf den Appell von 68 Unternehmen, u. a. auch emissionsintensiven Unternehmen, koordiniert von der „Stiftung 2 Grad – Deutsche Unternehmen für Klimaschutz“. Da gibt es u. a. ein Bekenntnis der Allianz, aber auch der Münchner Rückversicherung, die Investitionsportfolien zu dekarbonisieren bis zum Jahr 2050.

Und es gibt eine stark wachsende Gruppe von Unternehmen, die sich ein Zieldatum gegeben haben, bis zu dem sie 100 Prozent ihres Stromes aus Erneuerbaren Energien beziehen werden. Hierzu wird Herr Lösch sicherlich auch noch etwas sagen.

Der BDI zeichnete ja bereits seit dem Jahr 2018 Sektorpfade für die Industrie auf, die aus meiner Sicht sehr gut als Grundlage für den Weg nach vorne dienen können, die allerdings noch an die aktuelle Situation angepasst werden müssten, sprich Klimaneutralität 2050. Das ist ja das Ziel, was wir auf europäischer Ebene sehen. Das heißt, kurz gesagt, aus wohlverstandenen wirtschaftlichem Interesse geht es darum, die Geschäftsmodelle so anzupassen, dass sie mittel- und langfristige zur Sicherung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit und damit auch von Arbeitsplätzen dienen.

Wir müssen gar nicht so weit Ausschau halten. Einer unserer größten Handelspartner, China, hat das erkannt. Der Anspruch ist, Marktführer bei den sogenannten „Green Technologien“ zu sein, und wir sehen natürlich auch die Auswirkungen auf die deutsche Industrie, auch den Arbeitsplatzverlust z. B. in der Windindustrie, den wir in den letzten Jahren verzeichnet haben. Aber das ist ein ganz relevanter Punkt, sich strukturell und syste-



matisch Gedanken zu machen. Wenn es um Nachhaltigkeitskriterien geht, dann sehe ich folgende Punkte: Es gibt die Möglichkeit, die Konjunkturmaßnahmen an den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen auszurichten, den sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs). Das kann man ohne Probleme tun. Einige Akteure aus dem Finanzsektor, vor allen Dingen in den Niederlanden, tun das bereits heute und geben dann ihren Kunden entsprechende Informationen an die Hand. Aus meiner Sicht, damit das ernsthaft und zielorientiert und wirkungsorientiert verfolgt werden kann, bräuchte es konkrete Indikatoren, anhand derer man die Wirkung festmachen kann. Deswegen würde ich gerne den Schwerpunkt für Nachhaltigkeitskriterien setzen und zunächst mal darüber nachzudenken, was wären denn die „EasyWinds“, also die Dinge, die sozusagen, ohne groß darüber nachzudenken, schon in das Portfolio der Maßnahmen gehören. Und da haben wir den ganz großen Sektor, den kapitalintensiven Sektor, also Infrastrukturen, wie Erneuerbare Energie, Energiespeicherung, grüner Wasserstoff, Netzausbau, vielleicht auch irgendwann CO₂-Abspaltung und -Speicherung als neuen Markt. Das ist ein kontroverses Thema. Das weiß ich. Ich will es trotzdem erwähnen, weil es zumindest in unseren Nachbarländern immer wieder auch ein Thema ist. Auf jeden Fall betrifft dies auch den Gebäudesektor im Sinne von Effizienzsteigerung. Wir wissen alle, dass da viel zu tun ist.

Aber auch Aus- und Weiterbildung ist ein ganz wesentlicher Teil, da das Thema Nachhaltigkeit in der Breite noch nicht ausreichend verstanden wird. Daneben müsste man Naturkapital berücksichtigen, stärker ausbauen – und das geht auch in Richtung „Nachhaltige Landwirtschaft“. Dem Grunde nach kann man das ausgerichtet an der Taxonomie der Europäischen Union (EU) machen, die es dem Gesetz nach noch nicht gibt, das wissen alle aber bereits heute, wenn die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) z. B. die Taxonomie als Leitlinie für ihre Mittelstandsforderung in einem relativ neu aufgelegten Programm anwendet. Insofern funktioniert es durchaus, das als Leitlinie schon heute zu nutzen. Man kann das auch als eine Art Einkaufsliste für konjunkturelle Stimulus-Maßnahmen verstehen.

Aus meiner Sicht, und das sind ganz entscheidende Punkte, wenn es um die Aufwendung von

Steuermitteln geht, sind vier Punkte wichtig: Zum einen eine verbindliche Offenlegung dessen, was mit den Steuermitteln passiert. Das heißt, das, was wir derzeit kommen sehen auf der europäischen Ebene, die nicht finanziellen Informationen strukturiert zu berichten, stärker zu berichten, und dies als Grundlage auch für die Integration von Nachhaltigkeitsinformationen geschäftlicher Entscheidungen sowohl im Realsektor, als auch in der Finanzwirtschaft zu nutzen. Zweitens: Es muss natürlich verhältnismäßig sein. Wir können nicht erwarten, dass der Solounternehmer das in gleicher Art und Weise macht wie das DAX-Unternehmen. Das ist aus meiner Sicht vollkommen klar. Dafür braucht es ein paar „smarte Hirne“. Und da haben sich auch einige Leute schon Gedanken darum gemacht, wie man das machen könnte. Wichtig, und das ist aus meiner Sicht der allerwichtigste Punkt, ist: Immer dann, wenn Steuermittel aufgewendet werden, sollten die Empfänger auf das Ziel „Klimaneutralität 2050“ verpflichtet werden. Das heißt natürlich nicht – das ist der vierte Punkt –, dass diese Ziele heute schon hundertprozentig eingehalten werden müssen. Keineswegs, sondern es geht darum, Strategien bis zu einem bestimmten Zeitpunkt in näherer Zukunft zu definieren, wie in den nächsten Jahrzehnten die Geschäftsstrategie aussehen kann und soll, die selbstverständlich am aktuellen Rand immer weiter auch angepasst werden muss. Aber es ist nichts, was in Stein gemeißelt sein wird für die nächsten drei Jahrzehnte. Aber dieses Festmachen an dem übergeordneten Ziel ist aus meiner Sicht einer der wesentlichen Punkte. Wenn wir das nicht tun, riskieren wir, international überholt zu werden. Das heißt für uns, mittelfristig würde es negative wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Und man könnte dann auch von außen kommen und sagen, möglicherweise haben wir dann die Gelegenheit verspielt und die Steuergelder nicht adäquat eingesetzt.

Man könnte das auch, das ist ein ergänzender Punkt zu den Nachhaltigkeitskriterien, verknüpfen mit entsprechenden Anreizsystemen, beispielsweise, wenn man bei Zielerreichung oder Übererfüllung der Zielerreichung mit Zins- oder Tilgungsreduktion arbeitet. Was ganz klar ist: Es gibt hier Zielkonflikte. Kurzfristige Arbeitsplatzsicherung steht einer langfristigen Nachhaltigkeit entgegen, die sowohl ökologisch als auch ökonomi-



sche Ziele hat und damit mittelfristig Arbeitsplätze sichert. die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen sichert. Das heißt, es geht darum, einen zielgerichteten Pfad zu vereinbaren und vor allen Dingen die Maßnahmen zu vermeiden, die uns für die nächsten Jahrzehnte bei den Infrastrukturen festlegen, die nicht kompatibel sind mit den langfristigen Zielen.

Abschließend noch ein wichtiger Punkt: Generationengerechtigkeit. Wenn wir keine nachhaltige Ausrichtung schaffen, bedeutet das nicht nur höhere Schulden für die zukünftige Generation, sondern auch höhere Klima-, Umwelt- und Sozialbelastungen. Das heißt, eine doppelte Belastung für die zukünftige Generation.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank für den Input und natürlich auch für die zeitliche Disziplin. Und ich übergebe damit gleich an Herrn Lösch. Sie haben das Wort.

Sachverständiger **Holger Lösch** (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)): Herzlichen Dank für die Einladung und dass ich einige Gedanken zum Thema „Konjunkturprogramme und Nachhaltigkeit“ aus Sicht der Industrie machen kann.

Wir alle wissen, das können wir auch abkürzen: Das, was Corona uns eingebrockt hat, ist eine beispiellose Krise in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir erleben Staaten um dem gesamten Globus, die Billionen schwere Hilfsprogramme auflegen, um zunächst mal das Schlimmste zu verhindern, um dann wieder ins Laufen zu kommen. Und gleichzeitig erleben wir aber auch, dass in Deutschland, in Europa, ein klarer politischer Wille erkennbar ist, diese notwendigen Recovery- oder Wiederhochlaufprogramme auch mit dem Thema „Nachhaltigkeit“ nicht nur als Gegensatz zu diskutieren. Auch aus unserer Sicht als Industrie dürfen wir den langfristigen Blick auf Nachhaltigkeit und strategische Wettbewerbschancen von innovativen Technologien nicht verloren geben. Das wäre sicher ein großer Fehler.

Allerdings erleben wir natürlich in unserer täglichen Praxis die Unternehmen momentan eher am Limit, eher im Überlebenskampf. Ich habe heute eine kleine Umfrage erhalten. 153 Mittelständler aus unserem Umfeld – da erwarten 122 mit ca. 25 bis 50 Prozent weniger Umsatz in diesem Jahr. Mehr als die Hälfte der Unternehmen erwartet

kleinere Belegschaften in ihren Betrieben mit einer Reduktion zwischen 10 und 20 Prozent bis zum Ende des Jahres. Das ist die Situation, in der uns die Unternehmen gegenüber treten.

Ich glaube, es ist keine Übertreibung, wenn man sagen kann, dass wir alle unsere Ziele, die wir haben, auch die Nachhaltigkeitsziele, eben in der Zukunft mit ausgelaugten öffentlichen Haushalten, erschöpften Unternehmensfinanzen, verunsicherten und geschwächten Privathaushalten verfolgen müssen. Wir werden ein hohes Maß an Verunsicherung erleben. Das führt wiederum zu drastischen Sparquoten und einer starken Investitions- und Konsumzurückhaltung. Das erleben wir jetzt schon täglich. Die Geschäfte sind offen, aber keiner kauft etwas, weil die Menschen einfach verunsichert sind. Und gleichzeitig würde ich auch noch ins Feld führen, dass wir natürlich momentan nicht erkennen können, dass die ohnehin nach unten gewölbte Kurve der globalen klimapolitischen Ambitionen sich in dieser Phase jetzt steil nach oben bewegt. Das ist noch ein zusätzliches Erschwernis.

Wie können wir an dieser Stelle das mit dem „Wiederhochlauf“ machen? Wie können wir diese Chance nutzen, um beiden gerecht zu werden, nämlich dem Thema „Recovery“, der wirtschaftlichen Erholung, Wachstum und Beschäftigung, gleichzeitig aber auch, damit Chancen für eine Modernisierung unserer Wirtschaft zu bewerkstelligen? Ich glaube, das geht am besten, wenn wir so eine Art „Smart-Deal“ machen. Das heißt, dass wir versuchen müssen, neben Maßnahmen, die also auch effektiv und kosteneffizient Emissionen einsparen, auch Maßnahmen kombinieren, die Unternehmen oder Konsumenten wieder die Möglichkeit geben, den Wiederhochlauf zu befördern. Wir müssen drauf achten, dass wir mal schauen, welche Absorptions- und Wertschöpfungstiefe Fördergelder erreichen können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Man kann sehr viel Geld auf irgendeinen Haufen werfen, aber wenn da keine Absorptionsfähigkeit da ist, wird es nicht funktionieren. Das bedeutet, wir müssen uns sehr klug aufstellen, eben im Sinne eines „Smart-Deals“. Ganz grob kann man so etwas über Entlastungen bei Steuern machen, das Thema „Kostenregulierungen“ natürlich auch über eine konkrete Förderung von Investitionen.



Herr Löffler hat die Klimastudie des BDI erwähnt. Ich glaube, die Studie hat sehr deutlich gezeigt, dass wir bei sehr vielen Maßnahmen, die notwendig wären, um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, eben nach wie vor die marktreifen technologisch darstellbaren und betriebswirtschaftlich sinnvollen Alternativen noch nicht flächendeckend haben. Das war in unserer Studie ungefähr 80 Prozent dessen, was notwendig wäre, um die Ziele zu erreichen, und das war eben nicht in dem Korridor, der sich quasi rechnet. Deswegen stellt sich jetzt für uns die große – die politische – Frage: Wollen wir auf dem Weg zurück zu dem von uns gewohnten Wohlstands-, Wachstums- und Beschäftigungsniveau im Grunde ausschließlich mit dem bestehenden Fundus umgehen? Oder wollen wir – und das ist das andere Extrem – diesen disruptiven Schock zu einem radikalen Sprung nutzen? Dabei sehen wir momentan übrigens sehr genau, welche gesellschaftlichen Verwerfungen disruptive ökonomische Schocks mit sich bringen, und – ich glaube –, das wird im Laufe dieses Sommers noch deutlicher werden.

Es wird Sie wenig überraschen, dass ich keine der beiden Meinungen für richtig halte. Ich glaube, wir müssen einfach versuchen, möglichst flexibel und realistisch unsere Pfade anschauen und genau darauf achten, wo wir jetzt die Steine setzen, weil die Steine sind gerade dabei, sehr viel rarer zu werden. Mit „Steinen“ meine ich „Mittel“. Und wir müssen uns sehr genau überlegen, wo wir sie möglichst effizient einsetzen.

Wo sollten wir die Prioritäten setzen? Das mit „Absorptionsfähigkeit“ habe ich schon genannt. Wichtig ist aus meiner Sicht auch, dass wir uns ansehen, wo können wir ein Maximum an Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenzial erlösen. Und wo können wir auch einen Beitrag zur gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit und eben auch zur Resilienz, das ist ja das neue Modewort in Europa, also zur Resilienz Europas leisten? Wir haben uns da ein paar Felder angesehen. Herr Löffler hat schon einige genannt. Ich will sie aber noch mal nennen. Ich glaube, an vielen Stellen sind Gebäude- und Energieeffizienz ein Thema, wo man – glaube ich – sehr viel machen kann mit gezielten zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen. Das Thema „Infrastruktur“ an sich ist bedeutsam. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien und andere Zukunftstechnologien, wie

CO₂-arme Mobilität, das Thema Batterien oder eben auch – Sie wissen, das ist ein Steckenpferd von mir – der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, da wir sonst eben keine vollständige Energiewende hinkriegen werden.

Wir haben Felder mit sehr guter Technologieverfügbarkeit. Das nennen wir immer die „low hanging fruits“. Diese hängen aber schon seit Jahren so niedrig, und man wundert sich, dass sie nicht gepflückt werden. Das sind die Themen „Gebäudesanierung“ und „Energieeffizienz“. Ich glaube, hier könnte man mit großzügigen Abschreibungsregelungen und direkten Steueranreizen sehr schnelle Erfolge erzielen, und man könnte natürlich dort auch sehr verlässlich die europäische Binnenkonjunktur ansteuern, weil, das sind Dinge, die tatsächlich in Europa auch wirksam werden. Herr Löffler hatte auch das schon angeführt.

Ich glaube, wir müssen auch noch mal unseren Blick auf die technologischen Optionen etwas diskriminierungsfreier gestalten. Weltweit wird sehr viel mehr über die Frage von effizienten Kohlenstoffkreisläufen diskutiert, als hierzulande. Das Sozio-Oekonomische Panel (SOEP) hat dazu gerade eine sehr gute Studie gemacht über das Thema „CCS“ (Carbon Capture and Storage, deutsch: CO₂-Abscheidung und -Speicherung) und „CCU“ (Carbon Capture and Utilization, deutsch: CO₂-Abscheidung und Verwendung).

Wir haben uns als BDI Gedanken gemacht und gefragt: Was könnten denn entsprechende Instrumente sein? Das sind Instrumente, die wir auch dieser Tage veröffentlichen werden, die zum Teil allgemein „einzahlen“, zum Teil aber würde ich sie mit Blick auf das Thema „Nachhaltigkeit“ verbinden. Zum einen im Bereich Steuern. Neben einer allgemeinen Steuerentlastung wäre das Thema „Abschreibungsmöglichkeiten und steuerliche Anreize für Investitionen“ wichtig. Und da haben wir insbesondere das Thema „Digitalisierung“ im Auge, das Thema „Effizienz“ und in jeder Form „Gebäude“. Aber man kann z. B. auch bei Nutzfahrzeugen, Handel, Handwerk, Industrie, auch Automobilindustrie, einiges machen.

Völlig unumgänglich ist aus unserer Sicht, das wird Sie auch nicht überraschen, dass wir mit den Belastungen auf den Faktor Strom einfach drastisch runterkommen müssen, weil wir uns damit



wirklich jede Perspektive verbauen, auch wenn ich an das Thema „Wasserstoff“ denke oder jedes andere Ziel der Nachhaltigkeit.

Wichtig aus unserer Sicht: Wir werden an vielen Stellen noch weiteren Aufwand für Forschung und Entwicklung treiben müsse. Deswegen sollten wir mindestens das Ziel von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Auge behalten, was übrigens dieses Jahr sehr viel einfacher wird, weil das BIP deutlich runtergeht. Deswegen sollten wir es vielleicht in absoluten Zahlen erhalten. Das wäre das Minimum.

Ich mache mir große Sorge um die Investitionskraft der öffentlichen Hand. Wir bekommen viele Meldungen, dass öffentliche Bauprojekte, Investitions-, Infrastrukturprojekte entweder gestrichen, verschoben, halbiert oder nicht bezahlt werden. Hier sehe ich wirklich ein großes Problem. Die öffentliche Hand muss an der Stelle tatsächlich auch als Vorbild vorangehen, Thema „ÖPNV“, Thema „Gebäudeinfrastruktur“ etc., etc. Es ist etwas, was mich immer wundert, dass man das Thema „Anstrengungen für Klimaschutz“ immer hauptsächlich in der Industrie verlagert. Die Zahlen sind eindeutig. Die öffentliche Hand wird einen Löwenanteil in ihrem eigenen Verantwortungsbereich leisten müssen.

Dann noch das Thema „Kaufanreize“. Da kommen wir vielleicht nachher noch dazu. Wichtig: Wir müssen das europäische Beihilferecht zum Instrument der Modernisierung machen. Ich glaube, hier ist ein großes Potenzial, und da haben Gott sei Dank auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron sehr deutliche Worte gefunden. Wenn wir hier nicht auch die Möglichkeiten geben, die Unternehmen zu unterstützen, bei dieser Veränderung, dann wird es nicht funktionieren.

Ich will nur eines abschließend sagen: Man muss sich sehr gut überlegen, ob alles nachhaltig sein muss, wenn wir jetzt Geld dafür ausgeben. Aber ich glaube, wir werden ganz schnell in sehr tiefe, detaillierte Debatten kommen und auf Modelle, die sagen, es ist zwingend notwendig, sich auf Nachhaltigkeit zu verpflichten bei den Dingen, die jetzt notwendig sind, um den Wiederhochlauf zu machen. Das lehnen wir ab, weil ich glaube, das ist so komplex und differenziert, dass man das

vielleicht – ich sage mal – öffentlich zwar gut darstellen kann. In der Praxis ist das aber ein Horror für jeden Unternehmer, zu überlegen, wie er in dieser Phase, dieses Thema „Nachhaltigkeit“, ich sage mal, so „erschlägt“, um überhaupt eine Unterstützung vom Staat zu erhalten. Der eine oder andere würde vielleicht auch sagen, „Dann lieber keine Unterstützung“.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Lösch. Danke für die Ausführungen und für einzelne Stichpunkte, beispielsweise „smarte Gehirne“, „Smart-Deal“. Damit leite dann auf die „smarten“ Fragen über und beginne mit Kai Whittaker von der Fraktion der CDU/CSU.

Abg. **Kai Whittaker** (CDU/CSU): Ich hoffe, dass ich diesem hohen Anspruch gerecht werde. Zunächst einmal herzlichen Dank an die beiden Sachverständigen für ihre Expertise und ihre Zeit. Grundsätzlich möchte ich für die Unionsfraktion sagen, dass auch wir natürlich diese Corona-Krise, so schlimm sie ist, als eine Chance betrachten, um auf Dauer die Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltiger auszurichten. Und ich finde, wir sollten diese Chance durchaus nutzen. Ich bin auch froh, dass die Wirtschaft das selber so sieht, dass es da keinen Widerspruch gibt, sondern dass sich das sogar beides bedingt. Gleichwohl wird es natürlich kurzfristige Konflikte geben. Ein Ziel ist u. a., dass wir eine hohe Beschäftigung haben wollen, dass wir Armut vermeiden wollen, aber zurzeit zehn Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit zumindest potenziell angemeldet sind und wir 300.000 Arbeitslose, jetzt wahrscheinlich noch mal zusätzliche 200.000 Arbeitslose innerhalb von zwei Monaten, haben werden. Das ist wirklich ein Problem.

Deshalb möchte ich auf die Fragen zu sprechen kommen. Zunächst an Herrn Löffler: Sie haben gesagt, die Unternehmen investieren jetzt in den Umbau. Da stellt sich mir noch mal die Frage: Wo kann da der Staat wirklich konkret ansetzen, da ich glaube, dass diese Krise von uns schnelles Handeln erfordert. Wir können ja nicht heute etwas beschließen, was erst übermorgen wirkt, sondern wir müssen jetzt etwas auf die Strecke bringen, im Juni vor der Sommerpause, damit es jetzt seine Wirkung entfalten kann.

Und an Herrn Lösch möchte ich noch mal eine Frage stellen. Sie haben in Ihrem „Smart-Deal“,



das finde ich eine schöne Wortkreation, dargelegt, dass man z. B. Steuern entlasten sollte. Da wollte ich Sie einfach mal fragen: Haben Sie da schon eine konkrete Steuer im Blick? Und wenn ja, um wie viel? Und wie man diese Investition ebenfalls sehr schnell „gängig machen“ kann für die Unternehmen, ohne dass man jetzt auf Nachhaltigkeit völlig verzichtet.

Und zuletzt würde ich gerne von Ihnen noch wissen, da wir ja auf EU-Ebene diesen 500-Milliarden-Euro Deal besprechen, wie man den vielleicht noch so stricken kann, dass dieser ebenfalls Richtung Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Danke.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als nächstes Herr Klare von der SPD.

Abg. **Arno Klare (SPD):** Ja, vielen Dank. Ich greife das Wort auf, das Herr Lösch gerade sagte. Er sprach vom „disruptiven Schock“. In der Tat, das ist einer. Und ich bin auch in großer Sorge, dass so ein Schock jetzt nicht unbedingt sofort aus sich heraus die Kräfte freisetzt, die notwendig sind, um das Ganze als Chance zu begreifen. Und die Frage ist, wie kann man das lösen? Eines werden wir nicht hinbekommen, wir werden nicht mit Steuermitteln die ausgefallenen Umsätze aller Unternehmen der Republik ersetzen können, denn die summieren sich am Ende auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts. Wir wissen, wie groß unser Haushalt ist, und selbst wenn wir den mehrfach aufstocken sollen. Das heißt aber auch, dass wir bei allen Dingen, die wir tun und wo wir Geld einsetzen, die maximale Hebelwirkung brauchen. Und die Frage ist: Wo liegt diese? Und da ist ja beispielsweise diese Prämie zum Kauf von Autos. Ich greife jetzt einen Punkt auf, der immer so ganz umstritten ist. Ich will keine Prämie, wie wir sie mal hatten, wo man was „abwracken“ muss. Das ist von gestern. Aber wie sieht die Neue aus? Und warum sollte man das da auch tun? Nicht nur, weil 820.000 Menschen in der Automobilindustrie direkt beschäftigt sind und in den Zulieferbetrieben noch mal genauso viele, sondern weil z. B. auch bei mir in der Nachbarschaft in Duisburg – ich komme aus Mühlheim – 50 Prozent der Stahlproduktion des Werkes dort in die Automobilindustrie geht, nämlich in Karosserien. Und in meinem Wahlkreis gelegen ist eine Aluminiumhütte. 70 Prozent der Produkte, das, was die da produzieren, geht an Zulieferer. Dort werden Alumini-

umteile hergestellt, die dann wieder in die Automobilindustrie gehen. Und insofern hat man dort eine vernetzte Wertschöpfungskette, die man an dem Punkt genau anreißt. Beim Wiederhochlauf ist das doch so? Liege ich da richtig mit meiner Überlegung oder ist das jetzt aus Ihrer fachlichen Sicht völlig daneben gedacht?

Ich bin natürlich auch dafür, dass wir massiv in die Wasserstoff-Technologie reingehen. Das ist das Feld der Zukunft. Und ich rede jetzt nicht nur über die Wasserstoff-Technologie als solche, ich rede natürlich über die industriepolitische Dimension, die dahintersteckt. Also das ganze Engineering und der Apparatebau, der notwendig ist, um dann nachher auch Syntheseprodukte herzustellen usw. Das ist die Zukunft unserer Industrie. Das sieht die übrigens auch so. Und deshalb wollen sie das auch haben. Das sind nur zwei Punkte in der Kürze der Zeit.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank. Als nächstes Herr Glaser von der Fraktion der AfD.

Abg. **Albrecht Glaser (AfD):** Also, ebenfalls herzlichen Dank, meine Herren. Ich will mal ganz trivial folgendes Bild ansprechen, was mir einfach vor Augen steht, weil jeder sich ja überlegt, wie geht das jetzt, wo setzen wir an und wie kommen wir weiter? Und wenn ich das so richtig wahrnehme, auch bis zur EU, ist das doch alles sehr unstrukturiert. Wir machen jetzt also Schulden, und wir geben Geld aus und da nehmen wir an, dass „Wirtschaft“ entsteht. Das ist für mich ein sehr naives Bild von Wirtschaft. Wenn wir mal das Thema, das wir hatten, vergleichen mit so einer Art „künstlichem Koma“ für die gesamte Wirtschaft, dann sage ich jetzt mal ganz provokativ: Wenn das künstliche Koma beendet ist oder wir es beenden, dann habe ich den selben Menschen, der gerade geschlafen hat, wieder aufgeweckt. Der ist nämlich genau so, wie er vorher war. Und deshalb ist die spannende Frage: Wenn ich das in Gang setzen will, was vorher irgendwie einigermaßen funktioniert hat, habe ich große Schwierigkeiten zu überlegen, wie man das jetzt verknüpft mit irgendeiner Art von Quantensprung, von Systemsprung, aber vor allem von Problemen, die uns alle beschäftigt haben. Aber ich verstehe überhaupt nicht, warum bei diesem Aufwachvorgang jetzt sozusagen eine Phantasie entsteht, die sagt, wir können jetzt die Dinge, um



die wir uns schon gesorgt haben, die können wir jetzt viel wirkungsvoller machen, da wir gerade eine große Krise hatten. Und wenn wir mal ganz praktisch sagen: Es geht um Unternehmen, es geht um Arbeitsplätze und eine Struktur, die uns bisher ja bekanntlich gut ernährt hat, wenn auch nicht so dynamisch, wie behauptet wird.

Seit der Finanzkrise haben wir ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent pro Jahr gehabt. Das ist zwar schön, weil es kontinuierlich war, aber viel ist es nicht. Und jetzt sagen wir auf einmal Dinge, die wir bisher im „Piano“ angegangen sind, die gehen wir jetzt aber mit ganz großer Dynamik an. Wir dämmen nun mehr Häuser, als wir früher gemeint haben, dämmen zu können, usw. Das heißt also, ich stelle einfach mal die Hypothese in den Raum, dass, wenn wir jetzt den Staat handeln sehen wollen und sozusagen „recovern“ wollen, dann müssen wir eben das im Grunde zunächst einmal wieder in Gang setzen, was vorher war. Und die Verknüpfung von dem Thema mit dem ganz anderen Thema ist für mich überhaupt im Moment nicht erkennbar. Das sind beides Themen, die gibt es, aber sie stehen für mich derzeit nebeneinander und haben mit der Krise keine Veränderung in ihrer Struktur und ihrer Beziehung zueinander gefunden. Noch eine Frage an den Herrn Löffler, weil ich glaube, ich habe da bei ihm eine gewisse Nachdenklichkeit bei meinen Ausführungen gesehen, die so ein bisschen in meine Richtung gehen könnte.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als nächstes Frau Bauer von der FDP.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Was mir besonders gut gefallen hat, war, dass Sie ja das Thema „Energemarkt“ angesprochen haben. Die erste Frage geht erst mal an Herrn Löffler. „Energemarkt“ haben Sie aufgegriffen, europäischer Energemarkt. Was halten Sie dabei von einer Sektorkopplung in unterschiedlichen Belangen und Bereichen – gerade wenn es darum geht, einen nationalen aber auch europäischen Strommarkt entsprechend neu auszurichten und dort tatsächlich Nachhaltigkeit zu vollziehen?

Und dann hätte ich an Herrn Lösch einige Fragen. Sie hatten das Thema „Wasserstoff“ angesprochen. Ich bin ein großer Fan von Wasserstoff, aber

ich bin auch ein großer Fan von weiteren technologischen Ansätzen. Nicht nur Wasserstoff, aber auch Wasserstoff. Und bei Wasserstoff geht es ja um die richtige Wasserstoffstrategie, die Deutschland ansteuern sollte. Möglicherweise auf „grünem“ Wasserstoff, aber ich befürworte auch das Thema „bunten“ Wasserstoff. Wasserstoff ist ja auch im Antriebsbereich ein Bereich, der Dieselkomponenten, die ja ohnehin durch den technologischen Wandel im vergangenen Jahr angesteuert wurden, der möglicherweise Komponenten ersetzen kann und dadurch Zulieferer vor der Insolvenz retten und Arbeitsplätze sicherstellen kann. Wie ist da Ihre Haltung dazu?

Meine Fraktion würde zudem interessieren, was Sie vom Abbau von bürokratischen Hürden bei Investitionen und steuerlicher Forschungsförderung halten, bei Unternehmen, aber auch im staatlichen Bereich. Und allgemein gebe ich Ihnen völlig Recht mit der Aussage, dass der Staat in einer Krise investieren muss. Das ist eine große Chance. Nur so können wir Arbeitsplätze sicherstellen und das auch nachhaltig.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als nächstes Herr Cezanne von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Jörg Cezanne** (DIE LINKE.): Ich freue mich, heute bei Ihnen sein zu dürfen. Ich will zwei Sachen aufwerfen, die mir auch aus den Einlassungen der beiden Herren aufgefallen sind. Voraussetzend möchte ich sagen, dass ich alles teile, was in die Richtung „Infrastruktur“ bzw. „Ausbau des öffentlichen Verkehrs“ geht. Das ist ja eigentlich schon länger in der Debatte. Tatsächlich haben wir den Umschwung noch nicht geschafft. Also, wenn man sich noch mal die Kilometer an Bauleistungen des letzten Jahres ansieht, haben wir eben doch noch mal einen Faktor 100 mehr Straßenkilometer hinbekommen als bei den Bahnstrecken. Was ich völlig teile ist das Thema „Gebäudesektorsanierung“. Vielleicht wollen Sie dazu ja was sagen. Wir hatten ja mal ins Gespräch gebracht, ob man nicht ein bundesweites Programm auflegt, um die Großsiedlungen der 1950er- und 1960er-Jahre, die noch nicht saniert sind, jetzt mit Bundesmitteln gezielt zu sanieren. Damit erreicht man ja dann auch gleich noch eine Bevölkerungsgruppe, die es üblicherweise jetzt



auch nicht einfach hat, solche energetischen Sanierungen für sich zu erschließen. Das teile ich alles.

Herr Löffler, wäre das jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt der Taxonomie – Sie haben es angesprochen – und den Transparenzrichtlinien, die für „Sustainable Finance“ diskutiert werden, der richtige Zeitpunkt, um dies nicht nur für bestimmte Produkte, die Sie explizit nachhaltig anbieten wollen, anzuwenden, sondern tatsächlich auch, ich sage jetzt mal sehr großzügig, auf sämtliche Formen von Wirtschaftstätigkeit? Also, müssten wir nicht eine Transparenz und Nachhaltigkeit für alles erreichen? Dann muss eben derjenige, der weiterhin Kohlekraftwerke in Indien finanzieren will, sagen, ja, das ist ein tolles Geschäft für uns, wir bekennen uns offen dazu. Wäre das jetzt nicht der Punkt?

Herr Lösch, ich teile Ihre Ausführungen, dass die öffentliche Hand da eine wesentliche Rolle spielen muss. Das ist auch unsere Vorstellung, ist es auch schon länger. Der BDI und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) haben zusammen, selbst für unsere Verhältnisse, ein relativ großzügiges Investitionsprogramm vorgestellt. Da müsste man dann aber wahrscheinlich von der derzeitigen Anwendung der Schuldenbremse, wir haben die ja jetzt ausgesetzt, auf längere Zeit Abschied nehmen, um zumindest zu einer Art „goldenen Regel“ oder sowas zurückkehren, damit man zumindest die Investitionen dann auch mit finanzieren kann.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, und als nächstes Frau Dr. Hoffmann von den Grünen.

Abg. Dr. Bettina Hoffmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz herzlichen Dank auch an beide Referenten. Ich finde, es wird ganz gut deutlich, wie unterschiedlich letztendlich die Herangehensweise und die Bewertung der Krise ist. Vielleicht gar nicht so sehr aus dem, was der Herr Lösch jetzt hier persönlich vorgetragen hat. Aber wenn man sich mal das Positionspapier des BDI anschaut, dann will ich es mal vielleicht ein bisschen zugespitzt zusammenfassen. Umweltpolitik wird da eher so als „Hemmschuh“ gesehen und als Erschwernis für die Wirtschaft. Und Herrn Löffler habe ich so verstanden, dass er sagt, wenn wir jetzt in dieser Krise nicht klug handeln, dann vertun wir eine große Chance, weil danach wird

es wirtschaftlich eher kritischer – vor allen Dingen, wenn man die Weltwirtschaft mit betrachtet.

Ich höre aus der Industrie auch andere Äußerungen. Da geht es – finde ich – auch sehr darum, dass man sagt, wir wollen die Ziele bis 2050 tatsächlich erreichen. Wir wollen das umsetzen, wir brauchen Innovationen, und dafür brauchen wir Geld. Geld gibt es ja nur einmal. Jeder Euro, der jetzt ausgegeben ist, der ist in fünf Jahren eben nicht zur Verfügung oder auch in zehn Jahren, weil es um längerfristige Wirksamkeit geht, und wir haben dann möglicherweise auch nichts mehr zur Verfügung.

An Herrn Löffler habe ich eine Frage. Also, mich würde das sehr interessieren, wie die Instrumente der Taxonomie der EU in der Praxis jetzt nutzbar sein könnten. Ich meine, das ist „durchbuchstabiert“ für bestimmte Finanzsachen im Bereich Klimaschutz. Aber wir haben ja jetzt ganz umfangreiche Konjunkturprogramme vor uns liegen, und ich weiß, es gibt auch Entwürfe Richtung Kreislaufwirtschaft usw. Mit geht es um Folgendes: Wie kommen wir da möglichst schnell auch zu praktisch anwendbaren Kriterien? Indikatoren haben Sie es ja auch noch mal genannt, weil ja im Moment die Entscheidungen getroffen werden. Einige wurden bereits getroffen – Beispiel Lufthansa. Die Autoindustrie macht auch vehement Druck. Und da sehe ich jetzt auch schon die Möglichkeiten schwinden, so etwas noch wirklich einzubringen.

Und wir haben jetzt die EU-Ratspräsidentschaft vor uns liegen. Normalerweise würden wir uns jetzt auch mit der Weiterentwicklung der Taxonomie beschäftigen. Auch die Umweltministerin hat im Plenum auf meine Frage geantwortet: „Ja, sie will das unbedingt machen“. Nur, wenn wir uns jetzt theoretisch dann noch ein Jahr oder zwei Jahre damit beschäftigen, dann ist der Zug abgefahren, und da habe ich große Sorge, dass die Gelder einfach nach anderen Kriterien vergeben werden, beispielsweise nach dem Prinzip, wer am lautesten schreit.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank für die Fragen. Ich würde jetzt die Antwortrunde wieder mit Herrn Löffler beginnen.

Sachverständiger **Karsten Löffler** (Head of FS-UNEP Collaborating Centre for Climate &



Sustainable Energy Finance, Frankfurt School of Finance & Management gGmbH, Vorsitzender des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung): Ich glaube, die wesentlichen Punkte sind alle schon genannt. Es gibt eine ganze Reihe von Optionen, ich will sie mal englisch „No regret options“ nennen. Die kennen wir alle, und Herr Lösch hatte ja auch schon einige wesentliche erwähnt. Was aus meiner Sicht normalerweise aus dem Blickfeld gerät, ist, dass Naturkapital auch ein wesentliches „Asset“ ist, insbesondere auch im landwirtschaftlichen Bereich, das wir nicht vergessen sollten. Wir sehen, was die Auswirkungen sind und wenn es nicht funktioniert. Nehmen wir jetzt mal die „Insekten“-Thematik. Das Thema gerät bei uns leicht aus dem Blickfeld und wäre für mich ein Aspekt, an den wir hier durchaus mit denken sollten. Ansonsten habe ich keine weiteren Punkte zu denen, die wir schon gesagt haben.

Wie man das macht? Da gibt es einen zweiten Aspekt. Es klang ja auch an, mit der Frage, woher soll das ganze Geld kommen? Reichen die öffentlichen Mittel aus? Nein, ziemlich sicher nicht, selbst wenn man die Haushalte überall zusammenlegt. Ich habe Zahlen aus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), da geht es um 17 Billionen Dollar, glaube ich. Diese werden in den OECD-Ländern jetzt möglicherweise für konjunkturfördernden Maßnahmen investiert. Das ist ein riesiger Betrag. Hilft uns das, auf den „Status quo ante“ zurückzukommen? Vermutlich nicht. Deswegen geht es klar darum, auch private Investitionen anzuregen und den Finanzmarkt diesbezüglich zu mobilisieren. Ich denke, das ist mit einer gewissen Anreizsetzung durchaus ohne Probleme möglich. Wir sehen ja schon, dass es auch über die KfW Möglichkeiten gibt. Zwar sind die Risikoübernahmen staatlicherseits recht hoch, aber das kann man sich auch noch stärker so vorstellen, dass die Liquidität dann möglicherweise auch aus dem privaten Sektor kommt, und die Risikoübernahme wohl abgewogen wurde. Das muss man immer dazu sagen, wenn es von der öffentlichen Seite kommt. Das heißt in Folge dessen, dass der Liquiditätsabfluss dann jedenfalls unmittelbar nicht so hoch ist, die Maßnahmen Wirkung erzielen und dann etwaige Garantien nicht zum Zuge kommen, sondern dass die privaten Geldgeber dann auch befriedigt werden. Und natürlich geht es auch darum, auch mal eine vernünftige Risikoteilung zu haben.

Es wurde heute die „Autoprämie 2.0“ angesprochen. Ich würde noch mal zurückkommen auf das, was ich eingangs gesagt hatte. Wir haben hier ein Dilemma bezüglich der kurzfristigen versus der mittel- bzw. langfristigen Perspektive. Deswegen kommt es aus meiner Sicht sehr stark darauf an, den Unternehmen Zeit zu geben. Viele Unternehmen wissen das und sind eigentlich auch schon recht weit gediehen, dass sie ihre Geschäftsmodelle über die nächsten Jahre und Jahrzehnte umstellen müssen. Und das ist ein Stück weit stärker verpflichtender zu machen in Verbindung mit staatlichen Unterstützungsmaßnahmen. Das halte ich für eine sehr gute Idee. Wir werden vermutlich nicht die reine Lehre damit umsetzen können. Ich denke, das wird nur schwer machbar sein, weil wir damit nicht die kurzfristige Wirkung, die wir uns erwarten, erzielen können. Allerdings müssen wir sehen, dass wir die richtigen Weichenstellungen für den mittleren Horizont schaffen.

Zu dem Punkt von Herrn Glaser: Aus meiner Sicht ist das recht klar. Wir wissen, was wir tun müssen, und ich würde sehr klar dem beipflichten. Das, was wir jetzt an Geld ausgeben, können wir kein zweites Mal ausgeben. Das heißt, wir wissen, wir haben eine Transformation vor uns, die zwar von den Klimazielen her definiert wird, zunächst mal primär, aber es ist in unser aller Interesse, weil wir wissen, wenn wir es nicht tun, was die Folgen dann sein werden. Das eine mit dem anderen zu verbinden heißt, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Und deswegen halte ich es für sinnvoll, das beides – soweit es geht, soweit es praktikabel ist – zusammen zu denken.

Zu dem Thema „Sektorkopplung“: Ja, das ist ein ganz wichtiges Thema. Es hängt sehr stark davon ab, mit welchem Ausmaß der erneuerbare Sektor ausgebaut wird – sowohl mit dem Ziel, dass man Strom z. B. auch fürs Heizen einsetzt, aber dass auch Strom zur Wasserstoffherstellung genutzt werden kann. Ich bin mir sicher, und da bin sehr nahe bei Herrn Lösch, dass die Wasserstofftechnologie, insbesondere für den industriellen Bereich – das ergibt sich immer wieder auch aus Gesprächen insbesondere der Chemischen Industrie –, ein wesentlicher Faktor ist, um uns auch in der Industrie auf einen niedrigen CO₂-Pfad zu bringen. Die Idee mit den 1960er-Jahre-Bauten, das kann man sicherlich gut erwägen. Inwieweit das



sinnvoll ist, muss man sehen. Die Abwägung ist hier vermutlich an der einen oder anderen Stelle die Frage, was am kosteneffizientesten ist. Das sind auch Planungsfragen, die hier mit hineinlaufen, wobei viele der Gebäude sicherlich in den letzten Jahren auch schon zumindest teilsaniert worden sind. Aber das muss natürlich auch noch viel stärker in die Breite gehen.

Zu der Frage der Transparenzoffensive in der Breite des Marktes: Wir sehen das bereits zum Teil bei den Aktivitäten, die die Europäische Kommission vornimmt. Wir haben als Teil des EU-Aktionsplanes zur Förderung eines nachhaltigen Wachstums die entsprechenden Benchmarks. Das sind Vergleichsindizes, die Kapitalanleger verwenden. Die Anbieter solcher Indizes müssen über die Nachhaltigkeit dieser Indizes berichten. Und da sehen wir die ersten Beispiele dafür, dass es sich an dem breiten Markt und nicht nur an die nachhaltige Nische richtet. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir hierfür eine breite Aufstellung brauchen. Wir sehen das auch in der Taxonomie bereits angelegt und werden das mit der Überarbeitung der nichtfinanziellen Berichtsrichtlinie der Europäischen Kommission, die ja jetzt zur Überarbeitung ansteht, auch weiter sehen, inwieweit die Berichtspflichten auch auf breitere Füße gestellt werden kann. Ich glaube, es ist wichtig, zusätzliche Pflichten, die natürlich auch immer mit Bürokratiekosten einhergehen, nicht nur auf die Nische zu konzentrieren, sondern volle Transparenz für diejenigen, die z. B. über ihre eigene Kapitalanlage entscheiden, herzustellen.

Zur letzten Frage – „Weichenstellung jetzt?“. Das habe ich aus meiner Sicht schon beantwortet. Es ist jetzt eine sehr gute Gelegenheit, die so nicht wieder kommt. Und wenn wir das jetzt nicht hinkriegen, dann wird es die Gelegenheit nicht wieder geben, und wir werden den notwendigen Umbau über die nächsten Jahrzehnte wesentlich weniger gut hinkriegen. Die Kriterien für die Taxonomie befinden sich in der Erarbeitung. Wir haben zu den ersten beiden Umweltzielen der EU eine Vorlage der technischen Expertengruppe. Die anderen vier Umweltkriterien müssen noch bearbeitet werden. Da ist man noch sehr am Anfang. Deswegen kann man auf die Taxonomie auch schon eine ganze Menge bauen. Da, wo sie da ist, ist es schon recht klar. Es ist zu erwarten, dass die EU-

Kommission im sogenannten „delegated act“, der ja bis zum Jahresende vorliegen soll, die wesentlichen Punkte, die hier auf dem Tisch schon liegen, mit übernehmen wird. Insofern ist das ein guter Anhaltspunkt für das, was auch die Konjunkturpakete mit abdecken sollten. Man muss immer dazu sagen, die Taxonomie begreift sich als einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen, und wenn man das in einer Systematik – von mir aus „grün“, „grau“ und „schwarz“ oder wie auch immer – bezeichnen möchte, dann haben wir einen gewissen großen grünen Bereich. Wir haben aber auch einen riesigen grauen Bereich, den man natürlich auch nicht vergessen darf.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank für die Ausführungen, und ich übergebe dann gleich das Wort an Herrn Lösch.

Sachverständiger **Holger Lösch** (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)): Herr Whittaker, bezüglich Ihrer Frage, um welche Steuerentlastung es geht? Also, man muss ja sagen, am Anfang ging es um Liquidität, jetzt geht es darum, Beschäftigung zu halten. Das haben wir gemacht über die Liquiditätshilfen und über die Kurzarbeit. Und es geht natürlich darum, wieder Spielräume für die Unternehmen zu erarbeiten, damit sie investieren können. Das kann man natürlich mit vielerlei Instrumenten generieren. Beispielsweise natürlich bezüglich des generellen Unternehmenssteuerniveaus. Das Thema „Verlustabrechnung“ wird – glaube ich – eine große Rolle spielen, aber auch was Investitionen betrifft. Damit hat man gute Erfahrungen gemacht bezüglich einer degressiven Abschreibung, auch für Sofortabschreibungen. Also, ich glaube, das kann man sich auch tatsächlich überlegen. Insbesondere, wenn ich an Handel, Handwerk, Industrie und Nutzfahrzeuge denke. Da könnte man – glaube ich – deutliche Effekte erzielen.

Zu den Fragen von Herrn Klare. Ja, das ist leider so. Wir werden auf keinen Fall alle Ausfälle kompensieren können. Das wird massiv Opfer geben, sowohl was Unternehmen als auch was Beschäftigung betrifft. Da muss man kein Prophet sein. Und jetzt reden wir ja nicht nur über Industrieunternehmen, sondern ich denke mal beispielsweise an die Gastronomie, Hotellerie oder was auch immer oder an Eventagenturen. Also, es wird da unendlich viele Ausfälle geben. Die kann man gar nicht



alle kompensieren. Wer sein Unternehmen verliert, wird sich gleichzeitig, ich sage es jetzt mal salopp, nicht gleich einen neuen Tesla kaufen oder ein Elektrofahrzeug der Marke Jaguar. Also, das passiert dann einfach nicht. Das wird natürlich alles dämpfend wirken. Gleichzeitig würde ich Sie sehr unterstützen. Es ist ja bekannt, dass innerhalb des BDI auch die Frage von Kaufprämien durchaus ein Diskussionspunkt ist. Wir haben in den letzten Wochen mit unserem Vizepräsidenten häufig – meist einmal wöchentlich – telefoniert. Und es wird natürlich dann schon in diesen Runden sehr klar, was für ein unglaubliches ausgreifendes Wirtschaftspotenzial die Automobilindustrie hat für die Bereiche Chemie, Textil, Stahl, Aluminium. Sie haben sie ja alle aufgezählt. Und das macht einen dann schon immer ein Stück weit nachdenklich, dass eine Branche auf so viele andere Branchen so einen großen Einfluss hat. Und ich glaube, es wäre wichtig, einen Weg zu finden, zusätzlich zu den schon bestehenden Hilfen, die wir ja auch schon für die Elektromobilität haben. Nur dort werden wir die Effekte nicht erreichen können, die wir uns vorstellen, nämlich jetzt auch Investitionen in Fahrzeuge nachzuholen. Wir sollten uns überlegen, dass wir vielleicht auch für andere Dinge etwas machen, als für Digitalisierungsinstrumente etc. Dass man beispielsweise auch sagt, dass für Dinge, die auf das, was wir uns alle vorstellen, quasi „einzahlen“ – vielleicht nicht zu 100 Prozent, aber dann doch zu einem hohen Prozentsatz –, dass man dann auch mit entsprechenden Prämien die Dinge wieder temporär in Gang bekommt. Dann – glaube ich – würde man da viele ordnungspolitische Bedenken zurückstellen.

Zur Frage von Herrn Glaser: „Verknüpfung von Corona und Klima“: So kann man es betrachten. Auf der anderen Seite befinden wir uns ja nicht in einem Zustand, dass wir uns mit der Frage „Modernisierung der Wirtschaft“ nicht beschäftigen. Das ist ein Prozess, der seit langem im Gange ist. Der ist Teilen dieses Hauses zu langsam, anderen ist er zu schnell. Dasselbe gilt für die Zivilgesellschaft. Aber ich denke, es ist völlig unbestritten, und das würde ich auch immer so sagen, das war auch der Grund, warum wir diese Klimastudie gemacht haben. Wenn wir irgendwann erklären, dass die Moderne beendet sei, dann würde da auch nichts mehr laufen. Das heißt, wir müssen die Moderne immer weiter entwickeln und weiter

treiben. Wir haben, sage ich mal, viele Themen mit Risiken, allerdings auch ein paar Chancen. Das ist – glaube ich – unserer Betrachtung über eine ganze Industrie in Deutschland auch geschuldet. Aber es hat natürlich einen Zusammenhang. Es muss in der Tat – das wurde ja auch gesagt – wahnsinnig viel Geld in die Hand genommen werden. Und wenn man so viel Geld in die Hand nimmt, will man natürlich schon versuchen – das ist auch unser Interesse und ja auch unser Geld – das auch möglichst optimal einzusetzen.

Frau Bauer, zum Thema „Wasserstoff“ könnte ich jetzt drei Stunden referieren. Ich sage nur eines: Wir rufen mit Ziel der CO₂-Neutralität einen gigantischen Bedarf in der Industrie und in anderen Sektoren auf. Diesen Bedarf, den wir aber niemals national, auch nicht europäisch decken werden, sondern nur dadurch decken können, wenn wir einen globalen Markt bekommen. Auf der anderen Seite müssen wir irgendwo anfangen, weil sonst schneiden wir uns die Technologiechancen ab, nämlich Systemtechnologien, wie Anlagenbau, Elektrolyse, erneuerbare Erzeugung. Wichtig aus deutscher und europäischer Perspektive wäre es, das Thema zu einer Art Leitrolle zu entwickeln. Und ich habe mich ja viel mit der Wasserstoffstrategie beschäftigt. Ich finde es akzeptabel, wenn eine Bundesregierung sagt, „Was ich fördere ist „grüner“ Wasserstoff. Ich fände es nicht akzeptabel, wenn man sagt, wir verbieten künftig Leuten, die ihr Unternehmen auf Wasserstoff umstellen wollen, für eine Übergangsphase irgendetwas anderes als „grünen“ Wasserstoff zu benutzen, den ich aber gar nicht zur Verfügung stellen kann. Und ich glaube, das ist eine faire Abwägung. Es wird nicht nur in Europa, sondern auch weltweit, sage ich mal, sehr CO₂-neutralen Wasserstoff im Sinne von Gas mit CCS oder auch Methanpyrolyse geben. Aber ich glaube, für Deutschland und Europa liegt die Technologiechance langfristig eindeutig im „grünen“ Wasserstoff. Aber man kann natürlich nicht sagen, wir können leider vielleicht nur zehn Gigawatt erzeugen und belasten die Industrie gleichzeitig mit einer Klimaregulierung, mit der ihr 700 Gigawatt braucht oder Terrawattstunden, und schaut mal, wo ihr es herkriegt. Aber auf keinen Fall nehmt ihr „blauen“ Wasserstoff. Also, das ist – glaube ich – so das Spannungsverhältnis, das wir da haben.



Zum Thema „Gebäudegroßsiedlung“: Das ist ein guter Punkt. Die Gebäudesanierung ist wirklich die „lowest hanging fruit“. Man muss es einfach so sagen. Und sie hat eine unglaubliche Strahlwirkung, was Investitionen betrifft. Es bleibt im Land, es kommt relativ schnell wieder, aber ganz offensichtlich gelingt es uns seit Jahren nicht, diese Rate nach oben zu bringen. Zum Thema „Großsiedlungen“, da hat mir jemand mal eine lustige Geschichte erzählt, dass nämlich z. B. große Immobilienunternehmen des Bundes nur Ausschreibungsgrößen machen dürfen, mit dem Ziel, dass kleine mittelständische Unternehmen zum Zuge kommen. Und damit sind natürlich Großprojekte für Großinvestoren verschlossen. Das ist wirklich nur ein Beispiel. Wir müssen uns wirklich überlegen, wo sind die Bremsen in unserer Regulierung bzw. in unserer Bürokratie? Und das ist auch die Antwort auf die Bürokratiefragen, die uns wirklich daran hindern, die Dinge einfach auch mal ein Stück weit durchzuziehen. Ich glaube, wir haben da eine Menge „Sklerose“ angesammelt, und vielleicht ist das ja auch ein vernünftiger Schock, sich mal anzuschauen, wie eine Gesellschaft, Verwaltung, Administration, – auch mit Blick auf die Frage von Frau Hoffmann –, eine Umweltregulierung 4.0, aussehen kann. Aber das heißt nicht, dass damit ein Abbau von Natur und Umweltschutz verbunden ist. Aber ich glaube, manche Sachen könnte man einfach ein bisschen schlanker, effizienter, vielleicht auch digitaler, machen. Das sind ja sogar Worte, die ich jetzt aus dem Umweltministerium höre, dass man mehr digitale Prozesse machen will.

Ein letztes Wort noch. Also, ich habe meine großen Bedenken gegen so eine Form von Verpflichtung für den Fall, dass man in irgendeiner Form staatliche Hilfe annimmt. Ich glaube, wir müssen mal sortieren, welche Hilfen das dann sind. Also, wenn es eine staatliche Hilfe ist, sagen wir mal, wenn ein Unternehmen Geld erhält, also direktes staatliches Geld, dann kann man sich natürlich überlegen, wie man als Staat dort mit dem Unternehmen auch spricht, und sagt, wir würden uns das aber so oder so vorstellen. Aber wenn wir, sagen wir mal, über eine allgemeine Steuerentlastung oder Steuerabschreibungen reden, dann muss ich mir schon die Frage stellen, wie will ich das eigentlich organisieren? Und gibt es dann einen Wettbewerber, der sagt, ich nehme aber

nichts, ich nehme keine Abschreibung in Anspruch und ich mache weiter wie bisher, verbunden mit der Bitte, unterschreibe mal die Selbstverpflichtung. Ich glaube es klingt gut, aber es ist in der Praxis wahnsinnig schwer. Also, das ist ein Punkt, den wir auf jeden Fall absolut kritisch sehen. Wenn man die Anreize richtig setzt, dann wird es – glaube ich – von alleine in diese Richtung auch gehen. Und ich habe immer so ein Bild vor Augen, das ist irgendwo so eine Wahrnehmung von mir: Jetzt kriegen die Unternehmen so viel Geld und davon bauen die alle Kohlekraftwerke. Das ist natürlich Quatsch. Das passiert ja nicht, die gehen entlang ihrer Entwicklung voran. Also, da würde ich mir so ein bisschen mehr, sage ich mal, auch ein bisschen mehr Großzügigkeit wünschen, weil der Effekt von solchen strengen Verpflichtungen wäre dann eher in vielen Unternehmen eine Überlegung, ob das dann noch der richtige Standort ist. Und die Diskussion haben wir übrigens. Auch Reallokalisierung muss nicht zwingend nach Europa gehen. Die kann auch anderswohin gehen. Und wenn sich dann am Ende die Märkte, bzw. die Unternehmen auf ihren Märkten, aufsplitten, dann haben wir für Europa auch nicht viel gewonnen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich würde vorschlagen, wir steigen in die zweite Runde ein. Peter Stein von der CDU ist der erste Fragesteller.

Abg. **Peter Stein** (CDU/CSU): Ganz herzlichen Dank, meine Herren. Ich führe Sie vielleicht jetzt ein bisschen an einen „fremden Teich“. Wir reden ja über nachhaltige Finanzen und nachhaltige Produktion. Und da fehlt natürlich noch der dritte Teil. Das ist der nachhaltige Konsum, also der Konsument. Und da reden wir sicherlich über die industriellen und die privaten Konsumenten, und wir erleben nun gerade in dieser Pandemiezeit quasi so ein kleines vorgeschobenes Konjunkturprogramm, weil natürlich die Konsumenten gezwungenermaßen, aber in gewisser Weise auch akzeptiert, bereit sind, für einen bestimmten Hygienestandard oder Gesundheitsstandard einen höheren Preis zu bezahlen. Das haben wir im privaten Konsum genauso wie im industriellen Konsum. Beispielsweise im Lebensmittelbereich haben wir jetzt Preiserhöhungen teilweise zwischen 20 und 90 Prozent, die aufgeschlagen wurden. Und da ist jetzt meine Frage an Sie: Haben Sie



vielleicht eine Idee bezüglich dieser Konjunkturmaßnahmen, die ja am Ende nur dann wirksam sind, wenn auch der Konsum nachhaltig geworden ist und sozusagen reflektiert wird, was dann auch angeboten wird? Haben Sie eine Idee für uns, wie wir im Rahmen dieser Konjunkturmaßnahmen genau diesen Prozess jetzt auch beginnen mit zu unterstützen – wissend, dass das bisher nicht gelungen ist? Ich rede natürlich an dieser Stelle auch in Richtung des Einzelhandels. Ich rede auch über die Logistik, die nachhaltiger werden muss. Ich rede über die Frage „Just in Time“ oder Lagerhaltung. Das sind all diese Dinge, die jetzt sicherlich auf dem Tisch liegen als Fragestellungen und ich glaube, da wären wir auch als Politik, sehr dankbar, wenn Sie da Gedanken für uns hätten, wie wir diese Transformation von der nachhaltigen Produktion und Bereitstellungen von Dienstleistungen hin zum Konsumenten hinbekommen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als nächstes noch mal Herr Klare von Fraktion der SPD.

Abg. **Arno Klare (SPD):** Ich gehe mal von einem Begriff aus, der, wenn man über „grüne Finanzierung“, also gerade über die Taxonomie, redet, dort eine Rolle spielt. Das ist der „Carbon Accounting“. Das heißt, ich zähle sozusagen den „Carbon Foodprint“, den ein Produkt hat, zusammen, bei der Produktion, im Betrieb etc. Und jetzt versuche ich mal, so völlig aus dem Ärmel, wie so eine Autoprämie dann vielleicht aussehen kann. Ich nehme einen Basisbetrag und sage, okay, wenn der Hersteller mir jetzt ein „Zero Emission-Fahrzeug“ hinstellt, das wirklich auch null Emissionen hat, erst mal im Gebrauch, nicht im Vollbetrieb sozusagen, dann kann der Hersteller diese Prämie erhalten mit dem Faktor 2,0, wenn er es hinbekommt, dass das Fahrzeug dann auch noch durch sogenannte „Offsettingmaßnahmen“ die gesamte CO₂-Last null beträgt, und es bei mir vor der Haustür steht. Volkswagen bietet das für das noch nicht ausgelieferte Modell „ID 3“ an. Das Fahrzeug wird sozusagen mit einem „CO₂-Rucksack“ in Höhe von null ausgeliefert. Also insoweit ist das als Idee bei Unternehmen schon da. Da kriegst Du noch mal 0,5 Punkte oben drauf, also 2,5 Prozent von dieser Prämie. Das gilt jetzt bei diesen alternativen Antrieben. Und wenn ich jetzt nur einen konventionellen Antrieb habe, also

einen Verbrennungsmotor, dann muss ich natürlich irgendwie eine Grenze setzen, beispielsweise bei 110 Gramm oder sagen wir mal 120 Gramm CO₂ pro Kilometer. Alles, was kleiner ist davon, erhält nicht den Faktor 2,0 sondern beispielsweise noch den Faktor 1,25. Da habe ich dann auch die Verbrennungsmotoren drin, aber nur die, die unterhalb dieser Schwelle liegen. Wenn Sie mal schauen, wer das ist, ich könnte jetzt die Autos aufzählen. Das sind nicht so wahnsinnig viele Fahrzeuge, aber z. B. Volkswagen hat relativ viele davon im Portfolio. Und perspektivisch könnte ich noch sagen: Wenn man mir ein Fahrzeug hinstellt, das einen Anteil von 80 Prozent hat, also recycelfähig ist bis zu einer sehr großen Größenordnung, dann hat das Auswirkungen bei der Kfz-Steuer, weil das ein langfristiger Aspekt ist und dann in dieser Kfz-Steuer verankert sein sollte und sowieso eine Langfristwirkung hat mit dem genannten Faktor. So müsste das aussehen, was gerade als „Smart-Deal“ schon mal beschrieben wurde. Zudem würde es basieren auf der EU-Taxonomie von „Green Finance“.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, und noch mal Herr Glaser von der AfD.

Abg. **Albrecht Glaser (AfD):** Also, ich will noch einmal an dem Thema etwas „nachhaltig“ dran bleiben. Der große Sprung oder die Weichenstellung, wie das vorhin so schön hieß, würde ja, wenn ich das ins praktische Leben umsetze, bedeuten, dass ich die Geldströme nun sozusagen sprunghaft in einen Bereich lenke, in den sie bisher nicht geflossen sind. Und dann habe ich damit automatisch eine Art „Recovery“ dessen, was nicht ist, sondern lege diesen Bereich dann still, und zwar dauerhaft. Der bleibt sozusagen im „Koma“ und wird dann nach kurzer Verweildauer wahrscheinlich auch nicht mehr überleben. Ich will das jetzt gar nicht moralisch bewerten oder sonst wie, sondern sagen, das ist gut, das müssen wir ja machen, und das ist die Zukunft. Gleichzeitig soll das andere irgendwie schlecht sein, die sogenannte „Old Economy“. Ich will einfach mal bei den konkreten Szenarien, vor denen wir stehen, fragen, was tun wir dem Ganzen an? Das heißt, ich muss dann den Mut haben, zu sagen, jawohl, ein Teil dessen, was wir jetzt machen, also von mir aus die Autoindustrie, die wird eben nicht wieder „recovered“. Gleichzeitig muss ich dann sagen, ja dadurch, dass ich das so „klug“ lenke, wohin



auch immer – in die Energieerzeugung oder in die Aufforstung von Wäldern oder weiß der Teufel, dann muss ich ja ökonomisch – also Arbeitsplätze und die Wertschöpfung – diese beiden Bereiche in Verbindung bringen und vielleicht auch zeitlich, sehr zeitnah, denn viele der Arbeitsplätze und viel Anteil am Bruttoinlandsprodukt hängen daran und Steuern und was auch immer. Die fließen dann eben nicht, sondern die sind dann weg, weil das natürlich niemals eine Passung gibt, wo ich sage, ich setze eine andere Schraube auf dasselbe Gewinde. Also, da würde ich mal gerne von Ihnen, Herr Lösch, etwas hören, weil Sie sich ja gerade den Begriff „Weichenstellung“ zu eigen gemacht haben.

Und ich füge mal gleich das Thema „Geldfluss“ hinzu. Wenn wir sagen, der Staat hat jetzt eine große Last zu tragen, die muss er irgendwie tragen, dann kann ich sagen, ich nehme Schulden auf und verteile Mittel, wie wir das jetzt mal im ersten Ansatz machen, über die sogenannten KfW-Darlehen. Ich kann aber auch sagen, ich gehe in die Steuerprogramme, wofür viele kluge Ökonomen werben. Das gleiche Problem besteht auf der Staatsseite in dem Fall, dass ich unter Umständen die Schulden erhöhe, weil ich Geld an fremde Dritte gebe – z. B. als verlorenen Zuschuss oder aber indem ich dem Eigenkapital „auf die Füße helfe“, dadurch, dass ich Steuerregeln schaffe. Ist das nicht sehr viel logischer und nachhaltiger, und zwar gerade unter dem Aspekt, dass Lenkung von Geldströmen bekanntlich ökonomisch immer suboptimal ist? Und da habe ich nur eine Möglichkeit, ich meine, ich kann das mischen, aber derzeit sieht es ja nicht so aus, als würden sozusagen – außer von den kleinen Selbstständigen – die Eigenkapitalstärkung oder das Überleben durch unmittelbare Finanzierung gewährleistet. Bei der Lufthansa sehen wir schon, dass das gar nicht funktioniert, da ich durch die Fremdkapitalisierung auch einen Ertragsdruck kriege, den man dann über Jahre nicht aufholen kann. Also, an der Stelle würde ich mal bitten, das wirkliche Leben doch etwas mehr in den Vordergrund zu stellen, und die Abstraktheit der Ausführungen etwas zu reduzieren. Alle Wahrheit in konkret.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, von der FDP jetzt die Kollegin Nicole Bauer.

Abg. **Nicole Bauer** (FDP): Vielen Dank. Meine Frage richtet sich noch mal an Herrn Lösch zum Thema „Wasserstoffstrategie“. Mir ging es vorher bei meiner Frage nicht darum, dass der „grüne“ Wasserstoff gefördert wird und die anderen Formen nicht, sondern mir geht es um die grundlegende Klassifizierung eines CO₂-neutralen Produktes. Wasserstoff ist nun mal auch in anderen Farbkombinationen, sei es türkis oder blau, einfach CO₂-frei oder CO₂-neutral und somit auch entsprechend zu berücksichtigen. Mich würde dabei interessieren, inwiefern Sie gerade sehen, dass auch regulatorische Maßnahmen und Rahmenbedingungen für den „blauen“ Wasserstoff angepasst werden müssen, gerade wenn es um den grenzüberschreitenden CO₂-Transport geht. Sie hatten schon kurz angesprochen das bilaterale Thema, also über Grenzen hinweg Partnerschaften abzuschließen, um möglicherweise dort einen Schritt voraus zu sein, wenn es um die Sicherung von möglichen Partnerschaften im Wasserstoffbereich geht. China macht uns das ja schon stark vor. Vielleicht kann ja Europa da auch stärker mitmachen oder entsprechend Ressourcen sichern.

Eine weitere Frage geht an Herrn Löffler. Sie hatten mehrmals das Thema „nachhaltige Landwirtschaft“ genannt. Das wird ja aktuell auch stärker gelebt. Menschen schauen stärker auf ihr Konsumverhalten, wenn es um Nahrungsmittel geht. Sie kaufen viel bewusster ein, sie schauen auch noch mal darauf, was und wo wird es hergestellt, also plötzlich überall „Bio-Kisten“. Aber auch Bauernmärkte gewinnen daran. Wie sehen Sie das? Wie schätzen Sie dort die Chancen dieser Krise ein? Und es gibt ja auch auf europäischer Ebene einige Punkte, die einer nachhaltigen Landwirtschaft entgegenstehen, wenn ich nur dabei das Thema „Grünlandumwandlung“ ansprechen möchte, wenn Ackerland alle fünf Jahre zu Grünland umgewandelt werden muss, um den Ackerstatus nicht zu verlieren. Auch das würde mich interessieren, wie Sie es sehen und ob wir da nicht auch bürokratische Hürden abbauen sollten.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, und nun Frau Vogler von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Herren, ich würde gerne noch mal den Blick auf eine andere Ebene lenken. Ein bisschen bin ich da bei Frau Bauer und Herrn



Stein, dass wir auch mal schauen müssen, was verändert sich eigentlich am Verhalten oder welche Verhaltensänderung können wir aufgreifen, können wir verstärken, um zu einem nachhaltigeren Wirtschaften zu kommen? Und was mich wirklich ein bisschen stört, ist die Fixierung aufs Automobil. Es haben gerade in der jetzigen Krise viele Menschen, gerade in den Städten, aber auch bei uns auf dem Land, wo ich herkomme, das Fahrrad als Verkehrsmittel entdeckt, haben das zu Fuß gehen entdeckt. Also, man merkt ja, dadurch, dass wir jetzt feststellen, dass es gar nicht genug Raum für diese anderen Verkehrsträger gibt. Müssen wir nicht umsteuern und weniger investieren in Konjunkturprogramme für eine Automobilindustrie, die dann auch nur wieder denjenigen zugutekommen, die sich dann überhaupt ein neues Auto leisten können? Und beim „untersten Viertel“ der Bevölkerung, was das Einkommen angeht, ist ja, gerade in dieser schweren Wirtschaftskrise mit Kurzarbeit, drohender Arbeitslosigkeit, Wegfall von Tätigkeiten für kleine Selbstständige, gar keine Substanz mehr da, auf der sie aufbauen können oder auf der sie sich sinnvollerweise ein neues Auto anschaffen würden.

Und da würde ich gern noch mal was dazu hören, ob nicht auch eine Umplanung auf andere Verkehrsträger, ökologischere Verkehrsträger, eine Chance darstellt. Und der zweite Punkt ist meiner Ansicht nach: Ja, das stimmt alles mit dem veränderten Einkaufsverhalten, das hat aber auch zu tun mit mehr Zeit. Also, könnten wir nicht auch mal darüber nachdenken, diesen Zeitwohlstand, der viele Leute dazu gebracht hat, bewusster zu leben und sich anders konsummäßig zu orientieren und auch zu Hause mehr zu kochen, dass man den nicht auch durch eine Umverteilung von Arbeitszeit in der Gesellschaft befördern kann?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, und abschließend Herr Zickenheiner von den Grünen.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Herr Lösch, ich mache jetzt eine Grundannahme und werde versuchen, aufzuzeigen, dass das im Widerspruch zu Aussagen steht, die ich mir notiert habe. Vielleicht können Sie mir da helfen, diese zu verstehen. Ich gehe davon aus, dass Sie die Paris-Ziele kennen. Sie wissen, dass wir noch ein gewisses Restvolumen an CO₂ in die Atmosphäre „blasen“

dürfen. Wenn wir mehr reinblasen, dann wird es am Ende ein recht schlechtes Jahrhundert. Also, der Ernst der Sache, nehme ich an, ist Ihnen bekannt. Und ich gehe davon aus, dass Sie auch zu den 99,8 Prozent der Forschenden und Wissenden gehören, die das auch verstehen und kennen. Und dann sagen Sie aber, nachdem uns ja klar ist, dass wir diese Forderung von Paris überhaupt nur erfüllen können, wenn wir wirklich Gas geben, und uns sehr schnell vorwärts bewegen in Richtung Klimaneutralität, dann sagen Sie, alle Ziele, auch Nachhaltigkeitsziele, müssen nach Corona auf den Prüfstand. Nachhaltigkeit sei zu komplex, um es zu differenzieren. Das bedeutet für mich in der Konsequenz Ihrer Ausführungen, dass wir da ganz automatisch ein bisschen langsamer werden müssten, vor allem im Bereich „Klima“. Wie Sie es schon sagten, wir sehen nicht, dass global die Nachhaltigkeitskurve nach oben geht. Das kenne ich eigentlich eher aus der politischen Ecke da drüben, dass man unterstellt, die anderen machen nix, dann ist es ja bei uns auch nicht so dringend. Das alles steht für mich schon im Widerspruch zu der Annahme, dass Sie die Paris-Ziele akzeptieren und soweit verstehen.

Dann haben Sie ein Wort geschaffen, das fand ich total schön, das muss ich mir merken: „Absorptionsfähigkeit für Fördergelder“. Das ist ein klasse Begriff. Also wie viel kann ich aufsaugen davon, was mir gegeben wird? Und ich bin da jetzt bei der Kfz-Industrie. Da sollen wir jetzt eventuell noch mal Geld reinpumpen. Wir sehen aber beispielsweise, dass die Lufthansa neun Milliarden bekommt und es der Bundesregierung nicht besonders gut gelungen ist, dies z. B. mit Klimaforderungen zu kombinieren. Und wir sehen ja auch, dass Förderungen wie die sogenannte „Abwrackprämie“ damals ein Ökodesaster verursacht haben und eben nicht nur positiv auf das Thema hinführten, vor allem auch nicht in eine industrielle Entwicklung. Auch das ist für mich ein Gegensatz, dem ich nicht folgen kann. Deshalb frage ich jetzt einfach: Wenn wir sagen, Klimanachhaltigkeit ist zu kompliziert, wann kommen wir denn Ihrer Ansicht nach dann bei der Klimaneutralität an? Im Jahr 2050 müssen wir sie auf Grundlage des Abkommens von Paris erreicht haben und zwar in linear degressiver Form. Wenn wir so weiter machen, wird es nichts. Wann genau sind wir Ihres Erachtens denn gezwungen, dort zu sein, und wie wird unser Planet dann aussehen? Heute Morgen



habe ich mit einem Meeresforscher gesprochen. Er hat gesagt, wenn Ihr Paris nicht schafft, verliert Ihr Hamburg.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Fragen und für die Diskussion, die hier in der Runde stattfand. Ich würde jetzt abschließend noch mal Herrn Löffler und Herrn Lösch das Wort geben.

Sachverständiger **Karsten Löffler** (Head of FS-UNEP Collaborating Centre for Climate & Sustainable Energy Finance, Frankfurt School of Finance & Management gGmbH, Vorsitzender des Sustainable Finance-Beirats der Bundesregierung): Dann fange ich an mit der Frage von Herrn Stein zum „nachhaltigen Konsum“. Es ist zum einen eine Frage entlang der sogenannten „Wertschöpfungskette“ und der Bepreisung von Alternativenentscheidungen. Das heißt, wir kommen schlussendlich auch immer wieder da an, dass es einen wirksamen CO₂-Preis braucht, der aber sicherlich am Konsumenten auch von Kommunikationsmaßnahmen begleitet werden muss, also Aufklärung, was ja auch schon lange passiert, aber da darf man nicht nachlassen, aus meiner Sicht.

Zu der Frage von Herrn Klare: Das Modell, das Sie beschrieben haben, finde ich interessant. Die Taxonomie sieht vor, 50 Gramm CO₂ pro gefahrenem Kilometer bis 2025, danach null Gramm CO₂, als Orientierungspunkt. Ich wollte das einfach nur in Erinnerung rufen. Das ist das, was die Empfehlung der technischen Expertengruppe ist.

Zur Frage der Umlenkung von Kapitalströmen. Das ist ein natürlicher Prozess, der sich im Moment möglicherweise ein wenig beschleunigt. Wir hatten im Jahr 1900 auch Droschken auf der Straße. Im Jahr 1910 oder 1911 gab es davon keine mehr, sondern nur noch Autos. Aber das heißt, der Wandel ist sowieso immer auch Teil des Prozesses. Man kann sicherlich auch schauen, ob man an bestimmte Subventionen herangeht, die Effekte haben und die hier im Widerspruch stehen zu den Pariser Klimazielen. Also, ein bekanntes Beispiel ist ja die Bevorzugung von Diesel gegenüber anderen Kraftstoffen für Kraftfahrzeuge.

Zum Thema „Wasserstoff“ hat Herr Lösch bereits etwas gesagt. Das Thema „nachhaltige Landwirtschaft“ ist aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Aspekt, deswegen hatte ich es auch erwähnt. Wir ha-

ben die bekannten Diskussionen rund um Düngemittel- und Pestizideinsatz. Das ist aus meiner Sicht langfristig ganz klar nicht nachhaltig, sondern wird der Landwirtschaft, wenn das weiter in dieser Form passiert, am Ende nicht nutzen. Wir haben nicht nur Grundwasserprobleme, sondern wir haben ganz massive Probleme sowohl was die Belastung der Umwelt angeht, als auch das Thema der Insekten und damit der Nützlinge, was wir nicht aus den Augen verlieren sollten.

Stichwort „Verhaltensänderung“. Das ist, Frau Vogler, ein ganz wichtiges Thema. Auch multimodal zu denken – gerade im Verkehrsbereich – ist sicherlich ein ganz wichtiges Thema. Ich kann verstehen, dass man sich immer wieder aufs Kfz und die Industrie in Deutschland konzentriert. Man sollte auch in Corona-Zeiten, wo der öffentliche Personennahverkehr nicht mehr ganz so stark genutzt wird, diesen Bereich nicht vergessen. Wir werden auch wieder andere Zeiten sehen. Deswegen hier die Weichen zu stellen, viel mehr auch in den öffentlichen Personennahverkehr und durchaus auch in den Fernverkehr zu investieren, ist sicherlich eine gute Idee.

Zum Schluss, das war zwar an Herrn Lösch gerichtet: Ist Nachhaltigkeit zu komplex? Meine These: Nein, ist es nicht. Viele Unternehmen haben sich inzwischen soweit damit beschäftigt, dass sie die Zusammenhänge sehr gut verstehen und Lösungen parat haben. Es fehlt an vielen Stellen noch an der Zahlungsbereitschaft.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, und abschließend Herr Lösch.

Sachverständiger **Holger Lösch** (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)): Herr Stein, zu dem von Ihnen angesprochenen Thema „Bereitschaft zu höheren Preisen“. Da würde ich jetzt aufgreifen, was Herr Löffler zuletzt gesagt hat. Das ist natürlich ein vielschichtig gelagertes Thema. Die Bereitschaft, intrinsisch motiviert, höhere Preise zu zahlen, ist auf allen Ebenen minder ausgeprägt, und ich würde auch sagen, es ist vielleicht wirklich ein bisschen, wie Frau Vogler sagte, dass wir im Moment mehr persönliche Zeit zur Verfügung haben. Ich kann sagen, ich habe in den letzten Wochen wirklich nur Geld ausgegeben bei Firmen wie Edeka oder bei Obi. Alle anderen Ausgaben



für Essen oder was auch immer, die fanden einfach nicht statt. Das heißt, ich glaube, dass da einfach dann auch so ein bisschen Lustfaktor mit dabei war, sich dann mal was zu gönnen, wenn man schon einmal einkaufen geht. Also, ob das eine dauerhafte Entwicklung ist, da bin ich mir sehr unsicher.

Zu Details der Autoprämie sage ich jetzt nichts. Ich finde es einen interessanten Punkt, und ich glaube auch, dass das, was die Automobilindustrie vorgeschlagen hat, die Innovationsprämie, durchaus auch vielschichtiger ist als eine reine „Abwrackprämie“.

Zu Herrn Glaser: Es wird ja jetzt keine Entscheidung getroffen, nach dem Motto, der eine kriegt Geld und der andere kriegt kein Geld und stirbt dann. Sondern ich verstehe ein Konjunkturprogramm so, dass man versucht, möglichst große Effekte zu erzielen, um Wertschöpfung wieder in Gang zu bringen, um dann ihrerseits natürlich entsprechenden Effekte auf Kaufkraft, auf Kaufbereitschaft und auf Beschäftigung zu erzeugen. Darum geht es ja eigentlich. Ich glaube nicht, dass wir hier eine Debatte darüber führen nach dem Motto, der eine kriegt Geld und der andere kriegt keins.

Abg. **Albrecht Glaser** (AfD): Aber das ist doch genau der Sinn der Taxonomie, dass ich im Grunde die Lenkung mache und genau nicht diese Offenheit, die Sie gerade sagen. Das ist doch genau der Punkt.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Wir sind leider schon am Ende der Debatte.

Sachverständiger **Holger Lösch** (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer, Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)): Ich habe jetzt kein flammendes Plädoyer für die Taxonomie gehalten. Da haben wir selber viele Fragen dazu. Und Entlastungen können ja auch sehr unterschiedlich sein. Sie können materiell entlasten, Sie können immateriell entlasten, durch Regulierungen, durch Steuern oder niedrigere Kosten, Abgaben auf Strom oder was auch immer, und Sie können natürlich auch fördern, indem Sie materiell fördern. Das heißt, das sind dann eher Zuschüsse, Subventionen, Investitionszulagen und solche Dinge.

An Frau Bauer gerichtet, noch mal zum Thema „Wasserstoffstrategie“. Also, ich muss Sie leider enttäuschen – „blauer“ und „türkiser“ Wasserstoff ist nicht so CO₂-neutral wie „grüner“. Er ist zwar relativ CO₂-neutral, aber bei der Gasproduktion oder -förderung und auch in den Verfahren entsteht natürlich auch noch ein gewisser Anteil an CO₂. Also, es ist nicht 100 Prozent vergleichbar mit dem „grünen“ Wasserstoff.

Aber viel wichtiger ist das Thema „Partnerschaft“. Wenn wir davon ausgehen, dass wir das global anschieben müssen, dann werden wir in solche Partnerschaften wirklich investieren müssen. Es gibt eine Reihe von Partnern. Manche sind die „üblichen Verdächtigen“, die heute schon Energieproduktion betreiben und sich Gedanken machen, was denn eine Perspektive/eine Alternative sein könnte. Andere sind sehr neu. Wir haben im Moment in Australien ein Projekt am Laufen, wo wir alle Bestandteile einer solchen Partnerschaft durchspielen wollen. Gleichzeitig haben wir Projekte in Nordafrika. Das ist ein Thema, bei dem sehr viel geredet wird. Aber auch der Mittlere und der Nahe Osten. Natürlich, in Asien als Ganzes wird es eine Rolle spielen, aber wir sollten auch Osteuropa und auch Südamerika nicht aus den Augen lassen. Chile z. B. hat sehr gute bzw. günstige Möglichkeiten.

Ich war auch Mitglied in der Regierungskommission für „Klimaschutz im Verkehr“. Deswegen sage ich jetzt zu den Potenzialen der Verkehrsverlagerung auf öffentlichen Fahrrad- und Fußverkehr nichts. Die sind nämlich um Lichtjahre geringer als die anderen Potenziale beim Antriebs- und Brennstoffwechsel.

Aber ich würde gern natürlich noch mal zu Herrn Zickenheiner etwas sagen. Also, erstens mal liebe ich Glaubensbekenntnisfragen. Ja, das war eine von Ihnen, eine Glaubensbekenntnisfrage. Als Industrie muss ich doch schauen, wie können Unternehmen im Rahmen der politisch gewollten Ziele als Industrie weitermachen. Und so haben wir auch diese Studie seinerzeit angelegt, die ja schon ein großer Benchmark war, wobei man uns natürlich da häufig auch so interpretiert hat, dass die Industrie sagt, es gehe alles. Was wir gesagt haben, was wahrscheinlich mit viel Anstrengung geht, auch volkswirtschaftlich positiv, war eine Reduktion auf 80 Prozent des CO₂-Ausstoßes. Bei 95 Prozent hätte ich schon den Einwand gebracht,



dass wir da eine große, sagen wir mal, eine vergleichbare globale Ambition bräuchten, weil sonst die Effekte nicht funktionieren werden. Ich glaube, „carbon-neutral“ ist noch mal ein anderes Thema, aber ich bin an der Stelle auch völlig davon überzeugt, dass die Debatte um die negativen Emissionen überhaupt gar nicht aufzuhalten ist. Wir werden mit einer reinen, sage ich mal, Verbrauchsreduktion weder 80 noch 95 Prozent noch „carbon-neutral“ erreichen. Das wird aus meiner Sicht nicht funktionieren, und das sagt ja auch der Internationale Ausschuss für Klimaänderungen IPCC (engl. Intergovernmental Panel on Climate Change, kurz: Weltklimarat). Das heißt, wir werden eine sehr wichtige Frage vorgelegt bekommen, wie wir es denn mit negativen Emissionen halten. Und insofern glaube ich, dass das, wie wir uns mit dem Thema beschäftigen, angemessen ist, mit Blick auf das, was ein Industrieverband machen muss. Also, den Vorwurf, Nachhaltigkeit sei zu kompliziert und wir würden nicht an dieses Ziel glauben, halte ich für verfehlt. Ich habe vorhin lediglich gesagt, dass ich glaube, dass wir bei manchen Regeln, die wir haben, und bei manchen Regularien und bei manchen Verfahren möglicherweise auch mal ein bisschen weniger komplex werden könnten, um wahrscheinlich denselben Effekt erreichen zu können. Aber grundsätzlich betrachte ich natürlich das Paris-Ziel als etwas, was wirklich auch ein gemeinschaftliches Ziel von den Staaten darstellt, wie es vereinbart worden ist. Und ehrlich gesagt, wenn ich die Beschlüsse des Volkskongresses der chinesischen Kommunistischen Partei (KP) anschau, würde

ich bei der These bleiben, dass es momentan keinen Aufwärtstrend global gesehen gibt. Das sage ich persönlich ja nicht, aber man muss es trotzdem feststellen dürfen. Das ist eine uralte Diskussion. Wenn die anderen nichts machen, machen wir nichts. Nur die Frage muss doch erlaubt sein: Machen wir es so, damit wir damit auch einen positiven Effekt für uns haben oder ignorieren wir komplett, was der Rest der Welt macht? Ich finde, das ist nach wie vor eine legitime Fragestellung.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Wir werden die Fragestellung auch nicht abschließend lösen können. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unseren Sachverständigen, bei Herrn Löffler und bei Herrn Lösch, für die Vorträge. Und ich glaube, es war ein sehr wichtiger Input in einer hochaktuellen Debatte. Natürlich müssen wir das Richtige jetzt auch richtig machen, und wir können feststellen, dass der Wettbewerb der Ideen heute hiermit offiziell eröffnet ist, und der wird auch noch fortgesetzt werden. Herzlichen Dank dafür. Natürlich gibt es auch schon entsprechende Ideen, die ja schon kurz vor der entsprechenden Umsetzung sind. Herzlichen Dank auf jeden Fall für den Input von Ihnen. Ich beschließe damit auch die öffentliche Beiratssitzung, bitte aber die Beiratsmitglieder, noch ganz kurz dazubleiben, damit wir die anschließende Sitzung noch kurz durchsprechen können, da hier noch einige Punkte zu beschließen sind. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 19:36 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB
Vorsitzender